

Bericht über die Gemeinderatssitzung am 12.12.2013 im Großen Saal des Rathauses Unterkirchberg

Zur letzten Gemeinderatssitzung des Jahres 2013 begrüßte Bürgermeister Anton Bertele die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie Herrn Manfred Kornmayer von der Verwaltung. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und gab die Protokolle der letzten Sitzung bekannt. Zuhörer waren keine gekommen und so fiel der Tagesordnungspunkt Bürgerfrageviertelstunde aus. Auch der Vertreter der Südwest Presse, Herr Franz Glogger konnte aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen.

Verkehrssituation Mündelstraße

In der Mündelstraße nahe der Einmündung Bergstraße wurde vor ca. 20 Jahren eine Aufpflasterung zur Verkehrsberuhigung eingebaut. Im Lauf der Jahre traten im Rampenbereich der Aufpflasterung zunehmend Schäden auf. Der Asphalt an der Aufpflasterung sank immer weiter ab und brach heraus. Durch das Absinken der asphaltierten Straße entstand am Pflasterbeginn ein immer deutlicherer Knick und so trat schadensbedingt die Rampenwirkung umso stärker hervor.

Mit provisorischen Reparaturen, beispielsweise mittels Kaltasphalt, konnten die Schäden nicht mehr vertretbar behoben werden. Die Schadensstellen wurde deswegen ins diesjährige Straßensanierungsprogramm aufgenommen und die Reparatur durchgeführt.

Bei der Reparatur wurde die Fahrbahn wieder angehoben und nach Feststellung des Ingenieurbüros in technisch nicht zu beanstandender Weise repariert. Eine weniger deutliche Rampe ermöglicht nun ein schnelleres Überfahren der Aufpflasterung.

Dies wurde von Anliegern der Mündelstraße in einem Schreiben an die Gemeinde beanstandet. Bürgermeister Bertele hatte dem Gemeinderat mit der Sitzungseinladung auch ein Anliegerschreiben in Kopie zur Kenntnis gegeben.

In diesem Schreiben wurde die nach der Reparatur weniger deutliche Schwelle bemängelt und darüber hinaus eine Sperrung der Mündelstraße mit Ausnahme des Anliegerverkehrs gefordert.

Um einen groben Überblick zu gewinnen, hatte Bürgermeister Bertele Geschwindigkeitsmessungen und Zählungen in der Mündelstraße beim Haus Nr. 5 durchführen lassen. Dabei wurde nachstehende Werte ermittelt:

Montag, 09.12.2013 von 08:00 bis 09:00 Uhr

In Fahrtrichtung zur Bergstraße:	30 Fahrzeuge	Geschwindigkeiten zwischen 30 und 51 km/h, großteils zwischen 30 und 40 km/h
In Fahrtrichtung zum Kindergarten:	31 Fahrzeuge	Geschwindigkeiten zwischen 27 und 51 km/h, großteils zwischen 30 und 40 km/h

Samstag, 07.12.2013 von 15:30 bis 16:30 Uhr

In Fahrtrichtung zur Bergstraße:	20 Fahrzeuge	Geschwindigkeiten zwischen 20 und 43 km/h, großteils zwischen 30 und 40 km/h
In Fahrtrichtung zum Kindergarten:	10 Fahrzeuge	Geschwindigkeiten zwischen 28 und 39 km/h, großteils zwischen 30 und 40 km/h

Zur Überprüfung der Situation hatte Bürgermeister Bertele beim Landratsamt eine Verkehrsschau beantragt, an der auch Experten der Verkehrspolizei beteiligt sind.

Zur ergänzenden Information des Gemeinderats berichtete er ferner über Beschwerden von Anliegern der Gartenstraße und Ulmer Straße über die hohe Verkehrsbelastung an diesen Straßen und über die damit verbundene Gefährdung der Kinder und den Verlust an Lebensqualität wegen Lärm und Staub. Bei einer etwaigen Sperrung der Mündelstraße auf Anliegerverkehr habe dies auch Auswirkungen auf die Anlieger der Gartenstraße und der Ulmer Straße. Im Sinn einer Bürgerbeteiligung hielt er es für geboten, auch diesen Anliegern die Möglichkeit zu geben, sich zu der Angelegenheit zu äußern.

In der Diskussion wurde aus dem Gemeinderat darauf hingewiesen, dass die Mündelstraße für den Durchgangsverkehr bekanntermaßen gerne als Abkürzung genutzt werde. Bei einer Beschränkung auf den Anliegerverkehr ergäbe sich allerdings auch das Problem der Kontrolle. Angedacht wurde beispielsweise auch, eine Teilstrecke als verkehrsberuhigten Bereich zu beschildern, in dem die Schulkinder unterwegs sind. Ein Gemeinderat konnte sich dies für den Abschnitt zwischen dem Kindergarten und der Treppe zur Bergstraße/Amtshaus vorstellen.

Für die Forderung, den Durchgangsverkehr auszusperren, wurde durchaus Verständnis geäußert. Denkbar sei ja auch, dass das insgesamt doch eher geringe Verkehrsaufkommen in der Mündelstraße bei einer Verlagerung in die Gartenstraße nicht ins Gewicht falle und dort erträglich sei.

Wie in der schriftlichen Beratungsunterlage vorgeschlagen, beschloss der Gemeinderat sodann, die Angelegenheit bei einer Verkehrsschau prüfen zu lassen, nach eingehenden Messungen und Zählungen die Anlieger der Gartenstraße und Ulmer Straße zu beteiligen und den Sachverhalt anschließend wieder dem Gemeinderat zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Feuerwehrsicherheitsdienste - Erhöhung der Entschädigung und des Kostenersatzes

Bei öffentlichen Veranstaltungen werden regelmäßig Sicherheitsdienste und Brandwachen durch die Freiwillige Feuerwehr geleistet. Hierfür wird nach der geltenden Satzung eine Entschädigung in Höhe von 3,00 EUR je Stunde und pro Person geleistet. Der gleiche Betrag wird als Kostenersatz vom Veranstalter wieder erhoben.

Dieser Betrag liegt im Vergleich zu den benachbarten Kommunen relativ niedrig und soll deshalb ab dem 01.01.2014 angemessen erhöht werden. Zunehmend wird es für die Feuerwehren schwieriger, Personal für solche Dienste zu gewinnen. In den Nachbargemeinden sind Stundensätze zwischen 5,00 EUR und 6,20 EUR derzeit üblich. Nachdem die betreffenden Stundensätze seit vielen Jahren nicht mehr erhöht wurden, war sich das Gremium einig, Entschädigungssätze und mit jeweiliger Kostenerstattung auf 6,00 EUR je Stunde anzuheben.

Baugesuche

Zur Sitzung lagen keine entscheidungsreifen Baugesuche vor.

Spenden an gemeindliche Einrichtungen – Beschluss über die Annahme

Spenden an gemeindliche Einrichtungen sind, nach den Worten von Bürgermeister Bertele, aufgrund des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und der Gemeindeordnung in öffentlicher Sitzung per Beschluss anzunehmen. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass durch Spenden keine Entscheidungen von Gemeinderat oder Verwaltung beeinflusst werden dürfen. Die Spenden wurden per einstimmigem Beschluss angenommen.

Mussinger Straße

Ein Anlieger hatte sich an Bürgermeister und Gemeinderat wegen der Verkehrsauswirkungen an der Mussinger Straße gewandt. Darin hieß es, dass die drehbare Radarstation den ortseinwärts fließenden Verkehr zwar deutlich gebremst und die Situation verbessert habe. Jedoch könne die Radarstation nicht verhindern, dass ortsauswärts fahrende Verkehrsteilnehmer hinter der Radarstation erheblich beschleunigen. Als Lösung werde eine Verkehrsinsel im Ortseingangsbereich gefordert. Bürgermeister Bertele ergänzte, dass auch am nördlichen Ortsausgang in Richtung Wiblingen von manchen Autofahrern hinter der Radarstation auf das Gaspedal getreten werde. Es handele sich bei der Mussinger Straße um eine Kreisstraße im Zuständigkeitsbereich des Alb-Donau-Kreises. Die Verkehrssituation an der Mussinger Straße sei bei Verkehrsschauen wiederholt begutachtet worden und im Gefolge habe man beispielsweise eine Verbesserung mittels der drehbaren Messeinrichtung erreicht. Eine Verkehrsinsel erfordere eine beträchtliche Fahrbahnverbreiterung und er gehe davon aus, dass der Landkreis die Kosten einer solchen Maßnahmen nicht übernehme.

Ortseinfahrt Oberkirchberg bei der Hölderlinstraße

Bürgermeister Bertele wies auf eine aktuelle Information des Landratsamtes hin, wonach sich der Alb-Donau-Kreis künftig mit 50 % an den Investitionskosten für Tempomessstellen in den Gemeinden beteiligt. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde eine solche auch für die Ortseinfahrt Oberkirchberg bei der Hölderlinstraße angesprochen. An dieser Stelle werde seitens der Gemeinde der Einbau einer Querungshilfe geplant. Diese sei von der Straßenbauverwaltung bisher aber wegen fehlender Fahrbahnbreiten abgelehnt worden. Eine Fahrbahnaufweitung würde erhebliche Mehrkosten verursachen. Nach der Zusage des Landratsamtes, künftig die Hälfte der Kosten für eine Radarstation zu tragen, gelte es, auch diese Alternative zu diskutieren. Die Verkehrspolizei könne sich eine weitere Radarstation am nördlichen Ortsrand Oberkirchbergs durchaus vorstellen. Die L 260 sei schließlich eine außergewöhnlich stark befahrene Landesstraße.

Aus dem Gremium heraus wurde vorgeschlagen, eine weitere Radarstation zwar zu beantragen, aber dennoch primär eine Verbesserung - vor allem für Fußgänger - durch Mittelinseln weiterzuverfolgen. Dieser Vorschlag fand einstimmige Zustimmung.

Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration

Das Landratsamt habe die Gemeinde, nach den Worten des Bürgermeister, auf eine Integrationsfördermöglichkeit hingewiesen.

Es bestehe die Möglichkeit, Zuschussmittel für die Einrichtung oder Aufstockung einer zentralen Ansprechstelle der Kommune für den Bereich der Integration zu erhalten. Förderfähig sei die Schaffung einer Vollzeitstelle oder einer Teilzeitstelle mit einem Stellenumfang von mindestens 50 %. Die Stelle müsse mindestens für die Dauer von 3 Jahren eingerichtet und eine Qualifikation entsprechend den Bildungsvoraussetzungen für die Laufbahnen des gehobenen Dienstes aufweisen.

In Illerkirchberg beträgt der Ausländeranteil 15,43 %. Aktuell werde beispielsweise in den Kindergärten eine Sprachförderung angeboten, um gegebenenfalls bei Kindern von klein auf die sprachlichen Fertigkeiten auch in diesem Bereich zu verbessern. Konkrete Brennpunkte aufgrund fehlender Integration gäbe es in der Gemeinde allerdings nicht. Dies wurde auch im Gemeinderat so gesehen.

Sanierung der Wasserleitung im Burgunderweg

Die Anlieger im Burgunderweg wurden seitens der Gemeindeverwaltung angeschrieben und ihr Interesse an einem Gasanschluss abgefragt. Von 14 betroffenen Grundstückseigentümern hatten 4 ein Interesse für die nächsten 3 bis 7 Jahre bekundet.

Dies wird nun an die SWU Energie GmbH weitergegeben mit der Bitte, doch noch die Einlegung einer Gasleitung im Zuge der anstehenden Sanierungsarbeiten vorzusehen.

Das Gremium war sich einig, auch bei einer Ablehnung durch die SWU die Sanierungsarbeiten für den Burgunderweg seitens der Gemeinde weiterzuplanen und die notwendigen Arbeiten bald auszuschreiben. Anderslautende Berichte hatten hier für Irritation gesorgt.

Wahl der Schöffen und Jugendschöffen

Vom Amtsgericht Ulm wurde mitgeteilt, dass für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018 aus Illerkirchberg die folgenden Personen als Schöffen bzw. Jugendschöffen bestimmt worden seien: Frau Dr. Dorothee Eckert, Herr Helmut Paller sowie Frau Mirjam Plangger.

Gemeindefläche

Bürgermeister Bertele gab bekannt, dass nach Mitteilung der Vermessungsverwaltung die Gemarkungsfläche der Gemeinde Illerkirchberg zum Ende des Jahres 2012 auf 11.453.402 m² (Zuwachs: 11 m²) berechnet worden sei. Allerdings sei nicht mitgeteilt worden, an welcher Stelle Illerkirchberg um 11 m² gewachsen sei.

An die öffentliche Sitzung schloss sich noch eine nichtöffentliche Sitzung an.